

BAYERN vorwärts

WWW.BAYERNVORWAERTS.DE

KLARTEXT



WIR MEINEN, WAS WIR SAGEN

Ungerechte und ineffiziente Bildungspolitik, Landesbank in Nöten, Begräbnis des Transrapid – verständlich, dass Beckstein und Huber auf der verzweifelten Suche nach Themen sind, von denen sie sich neue Akzeptanz und im Herbst viele Stimmen erhoffen.

Da versucht Erwin Huber nun, die CSU als Steuersenkungspartei zu profilieren, und gibt sich größte Mühe, auch bei der Pendlerpauschale die eigenen Untaten vergessen zu machen. Aber wer erinnert sich nicht, dass die CSU 2005 mit der Forderung, die Pendlerpauschale zu kürzen, zum Bundestagswahlkampf antrat und diese dann im Koalitionsausschuss durchsetzte?

Wenn man sich lauthals in den Dienst der Gerechtigkeit stellt, muss man das eigene Vorgehen auch mit guten, anerkennungswürdigen Gründen rechtfertigen können. Sonntagsreden für den Stimmenfang aber liefern keine guten Gründe, sondern lediglich falsche Versprechungen. Denn wie die guten Gaben finanziert werden sollen, sagt die CSU im Gegensatz zur SPD nicht.

Wir sagen: Bayern, aber gerechter. Und wir meinen, was wir sagen.

Ludwig Stiegler, MdB
Vorsitzender der BayernSPD

IMPRESSUM

BAYERNVORWÄRTS
Verantwortlich: Rainer Glaab
BAYERNVORWÄRTS-REDAKTION
Georg-von-Vollmar-Haus
Oberanger 38 / II. 80331 München
TEL (089) 23 17 11 0
FAX (089) 23 17 11 38
EMAIL info.bayernvorwaerts@spd.de

DER MINDESTLOHN IST GUT FÜR DIE MENSCHEN IN BAYERN

Die Bayerische Verfassung ermöglicht bereits seit 1946 die Einführung eines Mindestlohns in Bayern. Artikel 169 Abs. 1 lautet:

» Für jeden Berufszweig können Mindestlöhne festgesetzt werden, die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen. «

Die CSU-Politik des Nichtstuns hat auf dem Arbeitsmarkt in Bayern deutliche Spuren hinterlassen. Zwar sinkt laut „Statistik“ die Zahl der Arbeitslosen im Freistaat, aber in Wahrheit fehlt weit mehr Menschen in Bayern eine reguläre Arbeit als offiziell gezählt werden. Immer mehr Arbeitnehmer arbeiten zu problematischen Bedingungen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gilt: Arbeit darf nicht arm machen. Wenn aber Menschen mit einem Vollzeit Arbeitsplatz nicht genügend verdienen, um davon leben zu können, ist etwas faul im Lande Bayern.

Das sind die Fakten: Der Niedriglohnbereich frisst sich immer weiter in den heimischen Arbeitsmarkt. 743.000 Menschen in Bayern verdienen weniger als 400 Euro im Monat. 377.000 Menschen in Bayern müssen zusätzlich zu ihrer regulären Arbeit einen Nebenjob ausüben, weil ihr Einkommen nicht ausreicht. 109.000 Menschen in Bayern sind Leiharbeiter. Jeder achte Leiharbeiter ist Hartz-IV-Aufstocker.

Diesen haltlosen Zustand akzeptiert die BayernSPD nicht. Unsere Position ist klar: Zuerst gilt es für die Gewerkschaften,



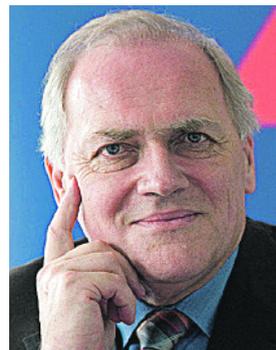
den, die Tarifautonomie zu nutzen und vernünftige Löhne durchzusetzen. Wo dies nur unzulänglich möglich ist, kommt das Entsendegesetz zum Tragen. Ist auch darüber ein existenzsichernder Lohn für Vollzeitbeschäftigte nicht möglich, sollten Mindestlohnregelungen greifen. Das ist gut für alle Menschen in Bayern. Deshalb unterstützt die BayernSPD das Volksbegehren der Bayerischen Gewerkschaften „Bayern voran! Mindestlohn jetzt!“ ■

DER GASTKOMMENTAR

MIT MINDESTLOHN DEN FREIEN FALL DER LÖHNE BEENDEN

Von Fritz Schösser,
Vorsitzender des DGB Bayern

Pawlowscher Reflex heißt das Phänomen bei Tieren und Menschen, wenn schon beim Anblick von Nahrung Speichel fließt. Das Thema Mindestlohn verursacht bei einigen Menschengruppen ein ähnliches Verhalten. Kein Wunder also, dass auch das Volksbegehren für ein bayerisches Mindestlohngesetz schrille Reaktionen bei Staatsregierung und bayerischer Wirtschaft verursacht hat. Dahinter steckt Angst. Angst vor einem Thema im Landtagswahlkampf, das die Menschen berührt, das die Menschen wachrüttelt und bei dem die CSU zeigen muss: Handelt sie als Mietmaul der bayerischen Wirtschaft, oder macht sie Politik für Arbeitnehmer?



Bayerns DGB-Chef Fritz Schösser: Die CSU hat Angst vor dem Thema Mindestlohn – und wühlt in der ideologischen Ramschkiste.

Bayern braucht den Mindestlohn. Hunderttausende Arbeitnehmer arbeiten in skandalös bezahlten Jobs und sind auf Sozialleistungen angewiesen. Sie brauchen existenzsichernde Einkommen für sich und ihre Familien. Der freie Fall der Löhne wird sich beschleunigen, wenn ab 2009 die uneingeschränkte Mobilität mit den osteuropäischen Arbeitsmärkten in Kraft tritt. Nur eine Haltelinie nach unten kann dies stoppen. Da ein Mindestlohngesetz auf Bundesebene am Widerstand von CDU und CSU scheitert, muss Bayern voran gehen. Die Bayerische Verfassung gibt dafür das Placet – und wir wollen den Mindestlohnartikel mit Leben füllen. Jede Unterschrift beim Volksbegehren, ist eine Stimme für einen Politikwechsel in Bayern. ■

3 FRAGEN AN



**THOMAS ASBÖCK,
VORSITZENDER DER JUSOS BAYERN**

Du bist frisch im Amt als Vorsitzender der Jusos Bayern. Was hat die BayernSPD von den Jusos unter Deiner Führung zu erwarten?

Wir fordern sozialdemokratische Politik aus einem Guss und den stärkeren Einbezug der Parteibasis. Wenn zum Beispiel unsere Bundestagsabgeordneten die Bahnprivatisierung mittragen, ist das ein Skandal. Links blinken und rechts abbiegen – so kommt die BayernSPD nicht voran! Wir werden uns auch in die Strategie-Debatte einmischen: Die BayernSPD muss bayerischer werden und darf nicht länger als Wurmfortsatz der Berliner Koalition gelten.

Welche inhaltlichen Schwerpunkte möchtest Du setzen?

Bildungs- und Hochschulpolitik, sowie wirtschafts- und sozialpolitische Themen haben Priorität. Wir wollen auch verstärkt junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Azubis für die Jusos gewinnen.

Bei der bevorstehenden Landtagswahl kandidierst Du im Stimmkreis Rottal-Inn. Wie sieht Dein Erfolgsrezept für den Wahlkampf aus?

Präsenz zeigen. Ich werde alle 31 Kommunen im Stimmkreis besuchen und für eine sozial gerechte und glaubwürdige Politik werben. Ich werde zwar ansprechen, was die CSU alles verbockt hat, aber nicht darauf herumreiten. Die Vergangenheit ist uninteressant. Die Wählerinnen und Wähler interessieren die Perspektiven für die Zukunft.

Thomas Asböck (27) aus Johanniskirchen (im niederbayerischen Landkreis Rottal-Inn) ist technischer Zeichner und seit April 2008 neuer Vorsitzender der Jusos Bayern.

BUNDESTREFFEN EINE WELT IN MÜNCHEN

Am 11. und 12. Juli 2008 findet das Bundestreffen der Foren Eine Welt in München statt. Einladender sind die beiden SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Kofler und Walter Kolbow als Vorsitzende des Eine-Welt-Forums Bayern. Auf der Tagesordnung stehen friedens- und entwicklungspolitische Themen. Bundesministerin Heidemarie Wiecek-Zeul hat ihre Teilnahme zugesagt.
Mehr unter www.forumeinewelt.de

RETTET DIE VERSAMMLUNGSFREIHEIT!

Franz Schindler: CSU-Entwurf ist obrigkeitstaatlich

Der Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Versammlungsgesetz muss zurückgezogen werden“, fordert der rechtspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Franz Schindler. Wie der Vorsitzende des Ausschusses für Recht und Verfassung nach der heftigen Kritik der Sachverständigen betont, wird mit dem Entwurf „das Versammlungsrecht in Bayern in unzumutbarer und unzulässiger Weise eingeschränkt. Das Versammlungsrecht ist ein von der Verfassung in besonderer Weise geschütztes Grundrecht, das wir Sozialdemokraten nicht angetastet sehen wollen.“

Nach Auffassung der SPD-Landtagsfraktion schießt der Gesetzentwurf der Staatsregierung weit übers Ziel hinaus. Das Verbot einer Versammlung wird erheblich erleichtert: So soll es möglich sein, eine Versammlung zu verbieten, wenn Rechte Dritter beeinträchtigt werden. Damit würde eine „Gummiklausel“ eingeführt, die es ermöglicht, individuelle Rechte Dritter, zum Beispiel des Straßenverkehrs oder von Grundstückseigentümern oder Unternehmern, gegen das Recht auf Versammlung auszuspielen.

Franz Schindler: „Der Gesetzentwurf der Staatsregierung ist obrigkeitstaatlich und verletzt Grundrechte wie etwa bei den Filmaufnahmen. Die vielen neuen Einschränkungen führen zu einer weiteren Bürokratisierung. Außerdem werden die Straf- und Ordnungswidrigkeitstat-



AUF DIE STRASSE

Für unsere Versammlungsfreiheit!

bestände enorm vermehrt. Es bleibt kaum etwas von der Feststellung des Bundesverfassungsgerichts übrig, wonach die Versammlungsfreiheit ‚ein Stück ursprünglicher ungebändigter unmittelbarer Demokratie‘ gewährleistet.“ Der bayerische Verfassungsrichter Dr. Klaus Hahnzog sieht eine weitere Bürokratisierung: „Für einen Infostand mit 10 Teilnehmern von Gewerkschaftsenioren vor knapp zwei Wochen ist der Bescheid schon jetzt auf 11 Seiten mit 2 Anlagen angewachsen; für größere Veranstaltungen sind es bereits 18 Seiten mit Anlagen.“ Außerdem sieht er Grundrechte verletzt, etwa bei den Filmaufnahmen, wobei Übersichtsaufnahmen „zur Auswertung polizeitaktischen Vorgehens“ nicht gelöscht oder vernichtet werden müssen. Und von Ordnern werden ganz persönliche Daten erhoben – bei einer Großdemonstration 200-fache Angaben bis zu den Geburtsdaten. ■

Ver.di an der Spitze eines breiten Bündnisses fordert: „Auf die Straße gegen das geplante bayerische Versammlungsgesetz!“ Zum Beispiel am 20. Juni in Nürnberg und am 21. Juni in München.

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT

BayernSPD unterstützt Leiharbeit-Kampagne der IG Metall

Der Leiharbeits-Truck der IG Metall ist im Mai durch Bayern gerollt. Er informiert im Rahmen der IG Metall-Kampagne „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ über die Verbreitung der Leiharbeit, die auch in Bayern rasant zugenommen hat. 2007 gab es 108.722 Leiharbeitnehmer, 2003 waren es noch 50.172, informiert die Gewerkschaft. Stammarbeitsplätze werden zunehmend durch Leiharbeit ersetzt.

Unter der CSU wird Bayern zum Entenhausen der Republik, in der die Dagobert Ducks schöne Gewinne einfahren, während Teile ihrer Belegschaften unter prekären Verhältnissen arbeiten.

„Stammbelegschaften und Leiharbeitnehmer dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es muss heißen:

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, fordert Florian Pronold, Vorsitzender der Bayerischen SPD-Landesgruppe. Auf der Kampagnen-Homepage der IG Metall (www.gleichearbeit-gleichesgeld.de) haben er und weitere bayerische SPD-Bundestagsabgeordnete ihre Unterstützung dokumentiert und begründet. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeitnehmerkonferenzen ist der Kampf gegen den Missbrauch der Leiharbeit.

Die IG Metall hat Erfolge: Anfang 2007 hat sie mit der Unternehmensführung von Audi Ingolstadt und der Zeitarbeitsfirma Adecco den ersten Tarifvertrag abgeschlossen, der einen festen Stundenlohn und eine Grenze für Leiharbeit vorsieht. Weitere Unternehmen wie BMW folgen. ■

ZEIT ZUM ABWÄHLEN

AUS DEM LEXIKON DES POLITISCHEN VERSAGENS DER CSU

Transrapid

Der Bau der Magnetschwebebahn zwischen dem Münchner Hauptbahnhof und dem Flughafen war ein Prestige-Projekt von Stoiber, das von seinem Wirtschaftsminister Huber seit 2005 forciert wurde. Doch 900 Millionen Euro Bundes- und 490 Millionen Landesmittel reichten nicht, um die Kostenexplosion aufzufangen. Das Scheitern des Münchner Transrapids Ende März 2008 ist eine Niederlage der CSU. Es führt die wirtschaftspolitische Hilflosigkeit des Ministerpräsidenten Beckstein vor.

Bildungschancen

Die Chancungleichheit beginnt mit den Kleinsten: Unter der CSU hat Bayern die schlechteste Ausstattung mit Kindertagesangeboten. Nur jedes 15. Kind hat einen Betreuungsplatz. Und sie reicht bis zum Studium: Im Mai 2006 hat die CSU Studiengebühren in Bayern eingeführt. Von den Studierenden werden 1.000 Euro pro Jahr kassiert. Das schließt noch mehr Kinder aus sozial schwachen Familien vom Studium aus.

Rauchverbot

Die CSU hat das Rauchverbot in Bayerns Gaststätten eingeführt – und gleich wieder für ein Jahr wieder zurückgenommen. Führung Fehlanzeige. Gesundheitsschutz hin oder her. Beim Start ins Oktoberfest 2008 und den zeitgleich stattfindenden Landtagswahlen soll kein Schatten auf Beckstein fallen.

Steuerpolitik

Mit einer steuerpolitischen Wundertüte wollen Beckstein und Huber Wählerstimmen kaufen. Mit finanziell unseriösen Versprechungen, die in die Verschuldung führen, gefährdet die CSU die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen. 28 Milliarden Euro soll es kosten, sagt Huber. Die von ihm nicht genannten Risiken der Vorschläge können sich leicht auf 70 Milliarden Euro summieren. Dabei rechnet er mit 100 Milliarden mehr Steuereinnahmen. So sieht keine solide Finanzierung aus, sondern eine populistische Luftbuchung.

Gesundheitsreform

Die CSU hat als Teil der Großen Koalition die Gesundheitsreform im Herbst 2006 mit beschlossen. Der Gesundheitsfonds war eine Idee der Union. Vor den Landtagswahlen bekommt die CSU kalte Füße, dreht sich wieder um die eigene Achse und will die Einführung des Gesundheitsfonds verhindern. Das geht an die Adresse von Merkel. Regierungsfähigkeit sieht anders aus. Die CSU macht sich unglaubwürdig.

BAYERNLB: SPD BRINGT LICHT INS DUNKEL

Welche Erkenntnisse verspricht Ihr Euch vom Untersuchungsausschuss zur BayernLB-Krise?

Der Untersuchungsausschuss hat in erster Linie die Aufgabe, aufzuklären, inwieweit politische Entscheidungsträger über die hochrisikoreichen Geschäfte der BayernLB auf dem amerikanischen Subprime-Markt und von den dadurch drohenden Verlusten gewusst und diese Informationen zurückgehalten haben. Dabei steht auch die Frage im Raum, ob das Parlament und die Öffentlichkeit durch die Aussagen, mit denen die Verantwortlichen die Krise heruntergespielt haben, belogen worden sind. Außerdem ist zu klären, ob diese Politiker die staatliche Kontrolle im Verwaltungsrat vernachlässigt haben. Insbesondere Erwin Huber und Günter Beckstein sind hier als Mitglieder des Verwaltungsrats und politisch verantwortliche Personen zu nennen.

Welches Ausmaß hat die Krise der Landesbank erreicht und welche Auswirkungen hat sie auf Bürger, Sparkassen und Freistaat?

WAHLKAMPF-ANGEBOTE AUS DER ERFOLGSZENTRALE

Johanna Werner-Muggendorfer hat auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Renate Schmidt die Eckpunkte des familienpolitischen Programms der BayernSPD vorgestellt. Mitreden unter www.bayernspd.de

Die neuen Streu-Artikel der BayernSPD sind da. Luftballons, Flaschenöffner, Feuerzeuge, Fanschlauch, Herz-Fächer, Brotzeitbox, Trillerpfeife, Windmühle, Lippenbalsam, Wasserball, Fähnchen, Zeckenkarte, Strandkissen, Umhängebehälter und Mintcard können bestellt werden unter www.spd-shop.de

Ab 10. Juni bestellbar: Themenplakate der BayernSPD für den anstehenden Landtagswahlkampf Bestellmöglichkeit unter www.spd-shop.de

BayernVorwärts-Interview mit Adelheid Rupp, stellv. Vorsitzende des Untersuchungsausschusses „Landesbank“



Landesbank-Verluste sind schwerer Schaden für Bürger und Sparkassen: Adelheid Rupp fordert Konsequenzen.

Die Bayerische Landesbank (BayernLB) hat mit riskanten Anlagen auf dem US-Hypotheken-Markt durch Verluste und notwendige Wertberichtigungen 4,3 Milliarden Euro verloren. Insgesamt hält die BayernLB strukturierte Wertpapiere in Höhe von 32 Milliarden Euro, davon auf dem risikoreichen US-Subprime-Markt 4 Milliarden Euro. Daher ist zu befürchten, dass die Verluste und Abschreibungen noch deutlich höher werden, da der Markt, auf dem diese Papiere gehandelt werden, (nahezu) zusammengebrochen ist. Die Verluste schädigen den Sparkassenverband und vor allem die Bürger, da Sparkassen und Freistaat zur Kasse gebeten werden.

Das klingt nach Versagen auf ganzer Linie. Welche Konsequenzen müssen diese Erkenntnisse für Huber und Beckstein haben?

Meiner Ansicht nach muss jeder Politiker, der in so hohem Maße seine Kontrollpflichten vernachlässigt und das Parlament über derart gravierende Vorgänge nicht informiert, die Konsequenzen ziehen und zurücktreten.

FÜR UNS IM LANDTAG

JOHANNA WERNER-MUGGENDORFER



„Stark für die Schwachen – laut für die Leisen“ – so lautet das politische Leitmotiv, das die ehemalige Erzieherin Johanna Werner-Muggendorfer aus Neustadt an der Donau

über ihr Engagement stellt.

Die Familienpolitik, vor allem die Kinderbetreuung und die Bedingungen, unter denen Kinder aufwachsen, sind ihr ein Anliegen. Aber auch der Hochwasserschutz, der für ihren Stimmkreis Kelheim eine große Rolle spielt, ist seit der Katastrophe von 1999 ein immer dringlicher Auftrag.

Johanna Werner-Muggendorfer, 57, seit 1991 im Bayerischen Landtag, ist seit 1998 stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion. Sie gehört dem Stadtrat der Stadt Neustadt a. d. Donau und dem Kreistag von Kelheim an.

Kontakt: SPD-Abgeordnetenbüro, Platanenallee 46, 93333 Neustadt a. d. Donau, TEL 09445/8327, FAX 09445/95126, EMAIL JW-MuggendorferSPDAbgBuero@t-online.de

HEILIGER VATER WÜNSCHT FRANZ MAGET ALLES GUTE

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Maget hat in der ersten Reihe an der Generalaudienz von Papst Benedikt XVI. in der Audienzhalle im Vatikan teilgenommen. „Das kurze Gespräch mit Papst Benedikt hat mich sehr gefreut, es war eine wirklich eindrucksvolle Begegnung. Er hat mir viel Kraft und alles Gute für die nächsten Monate gewünscht“, sagte der SPD-Fraktionschef in Rom.



Franz Maget übergab Papst Benedikt eine Ausgabe der Memoiren des Gründers der bayerischen SPD, Georg von Vollmar, der 1867 und 1868 als junger Mann unter Papst Pius IX. in der Armee des Kirchenstaates gedient hat, und berichtete über den Initiator der bayerischen SPD. Der Papst habe sich beeindruckt über die für ihn offenbar neue Verbindung zwischen Vatikan und der bayerischen SPD gezeigt. Maget überreichte dem katholischen Kirchenoberhaupt auch eine Sonderausgabe seiner Heimatzeitung: „Der Münchner Merkur grüßt den bayerischen Papst.“

75 JAHRE BAYERISCHES ERMÄCHTIGUNGSGESETZ

Ehre den 16 standfesten und aufrechten Sozialdemokraten

Es waren lediglich die 16 anwesenden SPD-Abgeordneten, die am 29. April 1933 die Tapferkeit und die Standfestigkeit aufbrachten, gegen die vollständige Machtergreifung Hitlers zu stimmen. An diese 16 Männer und Frauen erinnerte die SPD-Landtagsfraktion mit einer Gedenkstunde zum 75. Jahrestag der Zerstörung der Demokratie in Bayern durch die Nationalsozialisten. Drei Monate nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler verabschiedete der Bayerische Landtag mit großer Mehrheit das so genannte Ermächtigungsgesetz. Damit konnte auch die Reichsregierung in Bayern Gesetze ohne parlamentarische Kontrolle erlassen und dabei willkürlich gegen die Verfassung verstoßen.

Franz Maget: „Wann hätte man als Abgeordneter jemals mehr für Bayern tun können als an jenem Tag im Plenum des Bayerischen Landtags? Wir bayerischen Sozialdemokraten erinnern mit großem Stolz und mit Bewunderung an diese unsere Vorgänger. Sie sind für uns leuchtende Vorbilder.“ ■



16 AUFRECHTE SOZIALDEMOKRATEN

... stimmten am 29. April 1933 gegen das Bayerische Ermächtigungsgesetz:

Lina Ammon, Erhard Auer, Alfons Bayerer, Franz Bögl, Georg Dewald, Konrad Eberhard, Fritz Endres, Hans Gentner, Karl Giermann, Clemens Högg, Dr. Wilhelm Hoegner, Josef Laumer, Adolf Ludwig, Albert Roßhaupter, Hans Seidel und Josef Strobl.

Der frühere SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel erklärte in seiner Gedenkrede: „Die Erinnerung soll Nachgeborenen vor Augen führen, wo es endet, wenn die Menschenwürde mit Füßen getreten und einem so genannten Führer in gotteslästerlicher Weise Allwissenheit und Allmacht zugebilligt werden.“

FÜR MENSCHENRECHTE, VERSÖHNUNG UND INTEGRATION

Gut besuchter Empfang für Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Spätaussiedler im Maximilianeum mit vielen hochrangigen Gästen: Die SPD-Landtagsfraktion sagte Danke für ein großes Engagement für Völkerverständigung, für Menschenrechte, Versöhnung und Integration.

Die Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Christa Naaß, erinnerte daran, dass es Ministerpräsident Wilhelm Hoegner, SPD, war, der am 5. Juni 1954 für den Freistaat Bayern die Schirmherrschaft über die Sudetendeutschen übernommen hat und sie zu „Bayerns vierstem Stamm“ erhob. ■

SPD-Fraktionschef Franz Maget eröffnete den Empfang. An seiner Seite: die Vertriebenensprecherin der Fraktion, Christa Naaß, und der Generalsekretär des Sudetendeutschen Rates und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, der ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete Albrecht Schläger.



FUTTER FÜR DEN MUND FUNK IM JUNI 2008

Das CSU-Versagen füllt ganze Bände. Wir haben jetzt ein Lexikon begonnen. Der erste „Band“ ist zu finden unter C-01-2008: Lexikon des CSU-Versagens

Weitere Angebote:

En-01-2008: Energie, Klima, Umwelt – die Eckpunkte

K-02-2008: Lärmkartierung der CSU – ein kommunalfeindlicher Schildbürgerstreich

K-03-2008: Zu Lasten der Kommunen – CSU-Getrickse um beitragsfreien Kindergarten

S-04-2008: Kinderrechte ins Grundgesetz

S-05-2008: Der CSU-Umfaller beim Gesundheitsfonds

Und so geht's:
Bitte die entsprechende Nummer(n) der Argumentationshilfe(n) angeben.
Download im Internet unter www.bayernspd-mundfunk.de
Per E-Mail: info@bayernspd.de (Datei oder Ausdruck? Absender!)
Per Fax: 089 - 23 17 11 38 (Absender-Faxnummer!)
Telefonisch: 089 - 23 17 11 0
Per Post: BayernSPD, Oberanger 38, 80331 München